

48431 Rheine, 13/ November 2018

Auf dem Thie 13

Tel.: (0 59 71) 1 27 39

URL: www.gruene-rheine.de

E-Mail: siegfriedmau@gmx.de



Stadt Rheine

Bürgermeister Peter Lüttmann

Klosterstraße 14

48431 Rheine

Antrag: *Beteiligung des StUK, des Bauausschusses und des Rates bei der Errichtung von Großställen im Stadtgebiet*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen hiermit:

1. Die oben genannten politischen Gremien sollen zukünftig immer in das Genehmigungsverfahren von Großställen auf unserem Stadtgebiet eingebunden werden.
2. (a) Die Bauaufsicht soll in allen entsprechenden Bauabschnitten zukünftiger Anlagen prüfen, ob die gesetzlichen/relevanten Auflagen erfüllt wurden.
(b) Bei dem im Bau befindlichen Hühnergroßstall an der Franz-Bernhard-Straße soll geprüft werden, ob bisher gegen Auflagen verstoßen wurde.

3. Sollte die Errichtung eines Großstalls in weniger als 1 Km Entfernung zu der Landesgrenze eines anderen Bundeslandes erfolgen, dann ist immer mit der angrenzenden Kommune in diesem Bundesland Kontakt aufzunehmen. Dabei sollen insbesondere über all diejenigen Umweltaspekte gesprochen werden, die schädigende Auswirkungen auf Bewohner beider Bundesländer haben könnten. Sollten solche Aspekte vorhanden sein, dann soll eine Genehmigung durch unsere Stadt nicht ausgesprochen werden.
4. Anwohner die innerhalb eines Radius von 1000 Metern um einen Großstall leben, sollen darüber informiert werden, welche Emissionen von diesem Großstall ausgehen können.
5. Wird in dem Gebiet, in dem ein Großstall gebaut werden soll, der gesetzliche Nitratwert überschritten, dann ist die Baugenehmigung immer negativ zu bescheiden.
6. Sollte Ammoniak emittieren, wie es bei Hühnergroßställe immer zu erwarten ist, dann ist immer zu prüfen, ob angrenzende Baumbestände oder Gewässer dadurch gefährdet sind. Darauf ist im Umweltgutachten besonderer Wert zu legen.
7. Die Zufahrtstraßen zu Großställen, die ja meistens im Außenbereich liegen, sollen darauf hin geprüft werden, ob ein Begegnungsverkehr für Großfahrzeuge gefahrlos stattfinden kann. Ist dies nicht der Fall, dann müssen Begegnungsbuchten für diese Fahrzeuge angelegt werden. Diese Kosten sind durch den Investor zu tragen. Grünstreifen sollen nicht von den Ver-/Entsorgungsfahrzeugen zerstört werden. Der Betreiber muss dies sicherstellen. Auch diese sollen intervallmäßig von unseren Straßenwärtern mit überprüft werden. Die Stadt Rheine prüft, ob es bei der Stadt ausreichende Sanktionsmaßnahmen gibt. Ansonsten sollen diese eingeführt werden.
8. Der Wasserversorger der Stadt Rheine soll in dem Genehmigungsverfahren immer durch die politischen Gremien angehört werden.

Begründung:

Zu 1: Es ist zu erwarten, dass die Akzeptanz gegenüber solchen Anlagen in Zukunft weiter sinken wird. Ein politischer Aushandlungsprozess ist aber auch deshalb unumgänglich, um das Vertrauen der BürgerInnen in die Verwaltung und die Politik nicht zu verletzen.

- Zu 2: Bei dem Bau eines Großstalls an der Franz-Bernhard-Straße wurde ein Verbot ausgesprochen, Bäume zu fällen. Trotzdem wurden Bäume gefällt. Die Argumentation, dass es sich um die Beseitigung einer Wallhecke gehandelt hat, ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar. Anzumerken ist, dass im angrenzenden Niedersachsen alle Wallhecken unter besonderem Schutz stehen. Vor dem Hintergrund des Großbrandes der Schweinemastanlage ist vor allem der Brandschutz zu berücksichtigen.
- Zu 3: In der Nachbargemeinde auf niedersächsischem Landesgebiet befindet sich ein schützenswertes Biotop. Dies scheint von der genehmigenden Behörde (Kreis Steinfurt) völlig ausgeblendet worden zu sein. Ebenfalls scheinen dort mehrere hunderttausend Euro für den Naturschutz ausgegeben worden zu sein. Ein Schwerpunkt dort war der Schutz einer besonders unter Schutz gestellten Eidechsenpopulation. Dies scheint die genehmigungsbetreibende Kreisbehörde nicht ausreichend geprüft zu haben, da die geschützte Fläche auf niedersächsischem Gebiet liegt.
- Zu 4: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten eine bessere Aufklärung der BürgerInnen erreichen. Diese ist aus unserer Sicht hinsichtlich solcher Anlagen nicht ausreichend. Hinzu kommt, dass seitens der BürgerInnen nur so ausreichend Vertrauen in die Verwaltung und die Politik gesetzt werden kann.
- Zu 5, 6, 8: Auf unserem Stadtgebiet werden vielerorts die Nitratwerte in den Böden um das vielfache der Grenzwerte überschritten. Eine Kommune ist für die Gefahrenabwehr und die Gesunderhaltung seiner BürgerInnen verantwortlich. Mit dem zusätzlichen Einbringen von Nitraten in diese Gebiete gefährden wir die Gesundheit unserer BürgerInnen. Dieses sollte immer verhindert werden.
- Zu 7: Gerade im Außenbereich ist unser Landschaftsbild durch Monokulturen geprägt. Mittlerweile bilden die Ackerrandstreifen und Wegesränder in landwirtschaftlich genutzten Gegenden einzigartige Saumbiotope, die einen schützenswerten Lebensraum darstellen. Diese dürfen nicht durch Fahrzeuge zerstört werden. Der Schutz dieser Streifen geht uns alle an.

Siegfried Mau

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90, Die Grünen

Fraktion im Rat der Stadt Rheine

